

Beschlussempfehlung

Hannover, den 11.12.2019

Kultusausschuss

a) **Berufsschulen stärken - Berufliche Bildung in Niedersachsen voranbringen**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2564

b) **Berufsbildende Schulen stärken und weiterentwickeln**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3662

c) **Berufliche Bildung in Niedersachsen stärken - Sofortmaßnahmen für eine bessere Unterrichtsversorgung auf den Weg bringen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3930

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Kultusausschuss empfiehlt dem Landtag,

1. den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3930 - in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung anzunehmen,
2. den Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2564 - abzulehnen,
3. den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3662 - abzulehnen und
4. die in die Beratung einbezogene Eingabe 01079/04/18 der Landesregierung als Material zu überweisen und die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Anette Meyer zu Strohen
Amtierende Vorsitzende

Anlage

EntschlieÙung

Berufliche Bildung in Niedersachsen stärken - Sofortmaßnahmen für eine bessere Unterrichtsversorgung auf den Weg bringen

Die Berufsbildenden Schulen leisten als eine der tragenden Säulen der Beruflichen Bildung einen unbestrittenen und wesentlichen Beitrag für die Bildungslandschaft in Niedersachsen. Gute und erfolgreiche berufliche Bildung legt den Grundstein für einen starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Niedersachsen.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Fachkräftebedarfs, der sich verändernden beruflichen Anforderungen hinsichtlich der fortschreitenden Digitalisierung und der weiteren Umsetzung der Inklusion stehen auch die Berufsbildenden Schulen unter enormem Anpassungsdruck. Diese Entwicklungen sind nicht neu. In den vergangenen Jahren wurden bereits einige Projekte zur Stärkung der beruflichen Bildung auf den Weg gebracht. Die Berufsbildenden Schulen wurden als Regionale Kompetenzzentren weiterentwickelt und als starker Partner der regionalen Wirtschaft vor Ort aufgebaut. Kammern, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände sowie Gewerkschaften arbeiten im „Bündnis Duale Berufsausbildung“ seit Jahren gemeinsam an der Weiterentwicklung der dualen Ausbildung. Jugendberufsagenturen wurden etabliert und die Studien- und Berufsorientierung an allen Schulformen gestärkt. Der mit diesen Projekten beschrittene Weg war und ist richtig.

Eine weitere Säule für eine starke Berufliche Bildung in Niedersachsen ist die Lehrkräfte- und Unterrichtsversorgung. Die Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen hat sich im laufenden Schuljahr um 1,3 Prozentpunkte auf durchschnittlich 90,7 Prozent erhöht. Dieses ist zwar eine positive Entwicklung, aber noch nicht zufriedenstellend. Wie auch an anderen Schulformen besteht im berufsbildenden Bereich akuter Fachkräftebedarf. Um hierauf individueller reagieren und eine gute Unterrichtsversorgung sicherstellen zu können, müssen die Berufsschulen bei der Personalplanung flexibel agieren können und die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen. Zudem brauchen wir in Niedersachsen mehr grundständig ausgebildete Lehrkräfte für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen, wozu es eines deutlichen Ausbaus an Studienkapazitäten bedarf.

Der Landtag begrüÙt,

1. dass im laufenden Haushaltsjahr 2019 kurzfristig zusätzliche finanzielle Mittel zur Finanzierungssicherheit der laufenden Arbeitsverträge für Vertretungslehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen umgeschichtet werden konnten,
2. dass der Mittelansatz für die Berufsbildenden Schulen im Haushaltsjahr 2020 schwerpunktmäßig erhöht wird, um die Budgets abzusichern und Finanzierungsengpässe zu vermeiden,
3. dass es in diesem Zusammenhang gelungen ist, die 260 Lehrkräftestellen, die befristet für den Schulversuch SPRINT geschaffen wurden, sowie die 50 befristeten Stellen für sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Berufsbildenden Schulen im System zu verstetigen.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln, der die Unterrichtsversorgung an Berufsbildenden Schulen weiter verbessert und es den Schulen ermöglicht, zügig und flexibel auf aktuelle Stellenbedarfe zu reagieren,
2. die Berufsbildenden Schulen in den kommenden Jahren wieder mit sicheren Budgetmitteln und mehr Vollzeitlehrerstellen auszustatten, damit sie den weiter wachsenden Herausforderungen besser gerecht werden können,
3. zu prüfen und aufzuzeigen, wie die Niedersächsische Landesschulbehörde als „Service-Dienstleister“ die Berufsbildenden Schulen im Sinne eines Regionalmanagements noch stärker unterstützen kann,

4. zu erarbeiten und aufzuzeigen, wie die ursprünglichen Zielstellungen aus dem Projekt „ReKo“ den heutigen Rahmenbedingungen angepasst werden können, um die Berufsbildenden Schulen in einer regional abgestimmten Bildungslandschaft zu eigenständigen Partnern der Wirtschaft und kommunaler Akteure zu stärken,
5. ein Konzept zur Attraktivitätssteigerung der Aufnahme einer Lehrtätigkeit an Berufsbildenden Schulen zu erarbeiten. Hierbei geht es insbesondere darum, den Seiten- und Quereinstieg zu erleichtern, die Einstellungsverfahren zu evaluieren und die Zugangsvoraussetzungen transparent zu gestalten.
6. die Kapazitätsplanung des Lehrkräftebedarfs in enger Abstimmung zwischen Kultusministerium und Wissenschaftsministerium zu optimieren, um ein bedarfsgerechtes Angebot an Vorbereitungsplätzen und Studienplätzen für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen vorzuhalten.